

26.06.2003

## **Mega-Einkaufszentrum geplant: Wer schützt Mittelstand vor Strieder?**

Ein Einkaufszentrum der Superlative wird von Senator Strieder an der Landsberger Allee 358 geplant. Mit einer Fläche von 120.000 m<sup>2</sup> wäre dieses Einkaufszentrum nach dem Saalepark das zweitgrößte bundesweit. Diese Planung verstößt nicht nur gegen Planungsrecht, den Einzelhandelserlass und den Zentrenatlas, sie ist auch wirtschaftspolitisch verantwortungslos.

Durch die Konzentrationsprozesse im Einzelhandel sind in den letzten drei Jahren 10.000 Beschäftigte arbeitslos geworden. Im vergangenen Jahr gab es 1.000 Geschäftsausgaben. Berlin verfügt inzwischen über doppelt so viel Verkaufsfläche wie der Bundesdurchschnitt. Im Vergleich zum reichen Baden Württemberg sind es sogar fünf mal so viel. Die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen stehen in umgekehrtem Verhältnis zur Verkaufsfläche, weil Großflächiger Einzelhandel zu Lasten des Mittelstandes geht.

Eine Verträglichkeitsstudie vom Gesamtverband des Einzelhandels kommt zu dem Schluss, dass schon ein Drittel der geplanten Verkaufsfläche unverträglich wäre. Damit würden dramatische Kaufkraftabflüsse von den benachbarten Einkaufszentren wie beispielsweise Marzahner Promenade, Landsberger Tor oder Alexanderplatz gefördert. Auch das geplante Projekt im Entwicklungsgebiet „Alter Schlachthof“ wäre betroffen. Das hat direkte finanzielle Auswirkungen für Berlin. Denn die Immobilien am „Alten Schlachthof“, am Landsberger Tor und an der Marzahner Promenade zählen zu den risikoabgeschirmten Fondsimmobilien der Bankgesellschaft. Wenn hier Verluste entstehen, zahlt Berlin!

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert heute in der Plenarsitzung Aufklärung über dieses Projekt, für das eigens ein Raumordnungsverfahren durchgeführt wurde, was bisher nur für die Planung des Transrapid und den Wasserstraßenausbau erforderlich war.

Der Senat und vor allem Stadtentwicklungssenator Strieder haben anscheinend bis heute ihre Lehren aus den ruinösen Großprojekten der 90er Jahre nicht gezogen. Berlin hat 20 Prozent mehr Verkaufsflächen als Kaufkraft und braucht keine weiteren Einkaufstempel.□